

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Kontrollen bei Atomteststopp

Die Sowjetunion hat betont, dass sie bei einem sowjetisch-amerikanischen Abkommen über die Einstellung von Atomwaffentests auch Kontrollmassnahmen vertraglich festlegen würde. Der Leiter der sowjetischen Delegation bei den Gesprächen zwischen Moskau und Washington über diese Frage, Andronik Petrosjanz, schrieb am Donnerstag in der Parteizeitung «Prawda», die UdSSR habe den USA vorgeschlagen, die Prozedur sowie die Rechte und Funktionen der Kontrollierenden genau auszuarbeiten.

### Generalstreik in Bolivien

Der mächtige bolivianische Gewerkschaftsbund COB hat am Mittwochabend einen 48stündigen Generalstreik ausgerufen, um gegen die Politik von Präsident Victor Paz Estenssoro zu protestieren. Der Gewerkschaftsbund fordert unter anderem die Einstellung entlassener Arbeiter und Lohnerhöhungen im Bergbau sowie einen Verzicht auf die geplante Steuerreform. Ausserdem verlangt der COB den Abzug von 160 amerikanischen Soldaten, die seit dem 14. Juli die bolivianische Polizei bei der Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels unterstützen.

### Kämpfe in Norduganda

In Norduganda haben sich Regierungstruppen und Einheiten der im Januar gestürzten Militärregierung schwere Gefechte geliefert. Wie Staatschef Yoweri Museveni in der Nacht zum Donnerstag auf dem Flughafen Entebbe sagte, wurde ein Angriff von etwa 400 Aufständischen auf die Provinzhauptstadt Gulu (260 Kilometer nördlich Kampalas) am Mittwoch zurückgeschlagen. Dabei seien 30 aufständische sowie drei Regierungssoldaten ums Leben gekommen.

## Dollar legte leicht zu

Folge der US-Diskontsatzsenkung

Zürich (AP) Der Kurs der amerikanischen Dollars ist am Donnerstag morgen am Zürcher Devisenmarkt trotz der überraschend bekanntgegebenen Senkung des US-Diskontsatzes von 6,0 auf 5,5 Prozent im Vergleich zum Vorabend leicht gestiegen. Die US-Valuta wurde im ruhigen Morgengeschäft zu 1,6530 nach 1,6520 Franken gehandelt. Gold und Platin wurden in Zürich deutlich teurer.

Zürcher Devisenhändler erklärten, die Auswirkungen der amerikanischen Diskontsatzsenkung seien vom Markt vorweggenommen worden. Stützend hätten sich Erklärungen der japanischen Notenbank ausgewirkt, weitere Interventionen zugunsten der amerikanischen Währung seien nicht ausgeschlossen. Zunächst warte der Handel ab, ob die Bundesrepublik Deutschland und Japan ihre Leitzinssätze ebenfalls senkten, hiess es. Falls an einer auf (heute) Donnerstag angesetzten Sitzung der deutschen Bundesbank-Spitze kein entsprechender Entscheid falle, werde der Dollar seine Schwäche voraussichtlich nicht überwinden können, hiess es.

Die Preise für Gold und Platin lagen im Zürcher Eröffnungsgeschäft deutlich über dem Vorabendniveau. Für die Feinunze Gold wurden 381/384 (am Mittwochabend 376,50/379,50) Dollar bezahlt, für den Kilogramm-Barren 20.150/20.400 (20.025/20.275) Franken. Die Platin-Unze war um 13 Dollar teurer und wurde zu 557,50 (544,50) Dollar gehandelt. Der Silber-Preis veränderte sich mit 5,17 (5,18) Dollar pro Unze und 272 (272,50) Franken pro Kilogramm wenig.



Die traditionelle Wanderung der Regierung führte dieses Jahr in das Gebiet des Triesenberger und Plankner Garselli, wo die Frage der Erschliessung für die Alpwirtschaft oder Erklärung zum Naturschutzgebiet zur Diskussion steht. Von links: Regierungsrat Wilfried Büchel, Forstmeister Dr. Felix Näscher, Regierungschef Hans Brunhart, Regierungssekretär Leonhard Vogt, Regierungsrat Dr. Peter Wolff, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille und Regierungsrat René Ritter. (Bild: Brigitt Risch)

## Naturschutzlandschaft oder alpwirtschaftliche Nutzung?

Die Regierung informierte sich an Ort und Stelle über Projekte in unserem Alpengebiet

Errichtung einer Naturschutzlandschaft im Gebiete des Triesenberger oder Plankner Garselli oder Erschliessung für die weitere alpwirtschaftliche Nutzung? Diese Frage stand für die Regierungsmitglieder auf ihrer zur Tradition gewordenen Alpenwanderung am Mittwoch, wie bereits kurz berichtet, im Vordergrund. Bei dieser Exkursion von Gaflei über Bargella ins Gebiet des Triesenberger und Plankner Garselli konnte sich die Regierung an Ort und Stelle ein Bild über die Vorhaben machen und gleichzeitig die Vor- und Nachteile der beiden Varianten erörtern.

Was die Regierungsmitglieder im Rahmen ihrer teilweise recht anstrengenden Wanderung durch streckenweise steiles und eher unwegsames Gebiet in Erfahrung bringen konnten, wird in nächster Zeit Gegenstand von Entscheidungen sein, bei denen auch unterschiedliche Auffassungen und Meinungen zutage treten werden. Das Triesenberger Garselli wird im Moment von rund fünfzig Stück Rindern abgeweidet, weil die Weidefläche relativ klein und in Richtung Plankner Garselli nur noch bedingt als Weideland nutzbar ist. Das Plankner Garselli wird gar nicht mehr bestossen, denn dieses Gebiet ist auch für Kleinvieh nur erschwert zugänglich und die Weidefläche aus der Sicht der Wirtschaftlichkeit ebenfalls gering. Fragen der Wirtschaftlichkeit stehen hier den Fragen des Landschaftsschutzes gegenüber, der bei alpwirtschaftlicher Nutzung auf eine natürliche Art gewährleistet wird.

### Erschliessung vom Saminatal aus

Beim Mittagessen auf der Johannishütte



Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, auf unserem Bild nach der anstrengenden Bergwanderung, wird sich als Ressortinhaber für Land- und Forstwirtschaft sowie Umweltschutz in nächster Zeit mit der weiteren Nutzung des Garselli-Gebietes zu befassen haben.

te hatten die fünf Regierungsmitglieder, die auf der Exkursion von Forstmeister Dr. Felix Näscher geführt wurden, genügend Gelegenheit, sich mit dem Erschliessungsvorschlag vom Saminatal aus zu beschäftigen. Zur Erschliessung der Garselli-Alpen liegt ein Projekt vor, das die Erstellung eines rund vier Kilometer langen Weges, der für die Alpwirtschaft auch befahrbar sein müsste, erfordert. Die Regierung steht gegenwärtig diesem Vorschlag eher skeptisch gegenüber, da der Erschliessungsaufwand mit dem Alpertrag kaum in eine vertretbare Beziehung gebracht werden kann. Auf der anderen Seite gilt es aber zu bedenken, dass ohne Erschliessung eine Alp früher oder später nicht mehr bestossen wird, womit sie als nutzbare Fläche aufgrund der einsetzenden Verbuchung und Verkräutung verloren geht. In die Waagschale geworfen wird auch die Überlegung, dass angesichts der ständigen Verringerung der landwirtschaftlich nutzbaren Böden im Talgebiet nicht freiwillig Alpwiden aufgegeben werden sollten.

### Für Touristen erschliessen

Die Alternative zur Erschliessung und

Erhaltung der Garselli-Alpen stellt offenbar die Erklärung zur Naturschutzlandschaft dar. Dieses herrliche Wandergebiet würde in diesem Fall noch mehr zum Durchwandern einladen, was aber auch Gefahren mit sich bringen würde. Wie Regierungsrat Wilfried Büchel zu diesem Projekt erklärte, könnte er sich die Bildung eines Naturschutzgebietes ohne weiteres vorstellen, allerdings unter der Voraussetzung, dass dieses schöne Gebiet nicht touristisch erschlossen oder gar überflutet wird.

Der steile Abstieg von der Johannishütte ins Saminatal brachte den Regierungsmitgliedern wohl zum Bewusstsein, dass diese einzigartige und noch unberührte Bachlandschaft durch einen Weg, der auch befahren werden müsste, gestört würde. Ebenso aber könnte eine Naturschutzlandschaft, die zum Wandererzentrum wird, diese Naturschönheiten beeinträchtigen.

Die Schlussbesprechung der Exkursion im Restaurant Sücka brachte noch keine einheitliche Meinung. Die Regierung wird mit diesen Fragen aber in nächster Zeit noch mehrfach konfrontiert. Entschieden ist vorerst noch nichts.

## Separate Erfassung der Abfälle

Eher ernüchternde Ergebnisse eines Versuchs in Triesen und Sevelen

(ps) - Die Idee, kompostierbare Abfälle separat einzusammeln, ist nicht neu, in der Praxis aber sehr schwer durchzuführen. Der Betriebsleiter der KVA Buchs, Karl Hollenstein, hat darum mit dem liechtensteinischen Gewässerschutzamt beschlossen, ein Jahr lang versuchsweise Garten- und Küchenabfälle in zwei Gemeinden separat einzusammeln. Die Gemeinden Sevelen und Triesen erklärten sich bereit, bei diesem Versuch mitzumachen. Im März 1986 konnte der Versuch gestartet werden.

Am Mittwochabend trafen sich nun die Mitglieder der Umweltschutzkommission von Sevelen und Triesen (Ressortinhaber Lorenz Kinde) in Buchs, um nach Halbzeit des Versuchs die Zwischenergebnisse zu erörtern. Dabei musste man feststellen, dass der Erfolg eher ernüchternd ausfiel: in beiden Gemeinden konnten jeweils rund 7 Prozent der Gesamtabfallmenge getrennt gesammelt und zur Kompostierung gebracht werden. Man schätzt jedoch, dass bei sauberer Separaterfassung der organischen Abfälle die Kehrichtmenge, die zu verbrennen bleibt, um 20 bis 25 Prozent verringert werden könnte. Es wurde im Rahmen des Versuchs festgestellt, dass in den beiden Versuchsgemeinden Triesen und Sevelen vor allem Gartenabfälle getrennt vom übrigen Müll an die Strasse

gestellt wurden. Dagegen wurden die kompostierbaren Küchenabfälle weiterhin in die Verbrennung gegeben.

In der Diskussion über die Gründe für dieses eher magere Ergebnis wurde festgehalten, dass offenbar die Information der Bevölkerung nicht genügend gewesen sei. Es müsse bewusst gemacht werden, dass aus den organischen Abfällen wertvolle Komposte und Humus gewonnen werden könnten, anstatt sie unter Aufwendung von teurer Energie zu verbrennen.

In Sevelen sollen die Haushalte im zweiten Halbjahr des Versuchs mit grünen Containern ausgestattet werden, um die Leute anzuregen, auch die Küchenabfälle separat in den Kehricht zu geben. Diese Container werden von der Firma Helms gratis zur Verfügung gestellt. In Triesen und in Sevelen will man mit einem Fragebogen, der demnächst an alle Haushaltungen gehen soll, ergründen, wieso der Aufruf zur separaten Abflieherung von kompostierbaren Abfällen bisher eher wenig Gehör fand. Bei positivem Ausgang des Versuchs im nächsten Frühling sollen die «Grünabfuhrer» aus dem ganzen Einzugsgebiet der Verbrennungsanlage Buchs zugeführt werden. Doch wie sich in der angeregten Diskussion am Mittwoch zeigte, sind noch einige Hindernisse zu überwinden.

## Vaduz: Frau von zwei Mädchen beraubt

(paf) - Zwei 15jährige Mädchen, die anfangs August aus einem Mädchenheim im Kanton Zürich entlaufen waren und sich während der letzten Tage in Liechtenstein aufhielten, entriessen am Mittwoch, 20. August 1986, einer 60jährigen Frau in einer abgelegenen Seitenstrasse in Vaduz ihre Handtasche. Sie erbeuteten dabei 500 Franken Bargeld und verschiedene persönliche Gegenstände, nachdem eines der Mädchen mit einem Messer gedroht hatte.

Die Mädchen flüchteten mit Mofas. Aufgrund der guten Personenbeschreibung gelang es der Polizei, die beiden in einem Restaurant in Vaduz festzunehmen. Die jugendlichen Täterinnen sind der FL-Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht worden.

## Aufbau Katastrophen- und Zivilschutz

(paf) - Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 19. August 1986 eine Arbeitsgruppe bestellt, die für den Aufbau des Katastrophen- und Zivilschutzes im Fürstentum Liechtenstein ein Konzept ausarbeiten soll. Die Arbeitsgruppe steht unter dem Vorsitz von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille.

Aufgabe der Arbeitsgruppe ist im wesentlichen die Weiterführung der im Bericht «Katastrophenschutz, Zivilschutz, Landesversorgung und Kulturgüterschutz» vorgeschlagenen Massnahmen. Daraus soll ein Zivilschutzkonzept abgeleitet werden mit einer ganzheitlichen Sicht der Aufgaben des Katastrophen- und Zivilschutzes sowie der verschiedenen Ziele aller Schutzbestrebungen. Teilbereiche des Konzeptes sind die Zivilschutzorganisation der Gemeinden, ein Ausbildungskonzept, die Alarmierung der Helfer und der Bevölkerung, bauliche Schutzmassnahmen, Führungsstäbe auf Landes- und Gemeindeebene sowie die gesetzlichen Grundlagen.

## Ortsplanung Gamprin

Regierung genehmigt Bauordnung und Zonenplan

(paf) - Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 19. August 1986 den revidierten Entwurf der Bauordnung und den überarbeiteten Zonenplan der Gemeinde Gamprin gemäss Artikel 3 des Baugesetzes als rechtliche Voraussetzung zur anschliessenden öffentlichen Planaufgabe genehmigt.

Auf der Grundlage des revidierten Baugesetzes hat die Regierung alle Gemeinden aufgefordert, ihre Gemeindebauordnungen den neuen baugesetzlichen Bestimmungen anzugleichen. Die Gemeinde Gamprin hat in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für Landesplanung die Bauordnung revidiert. Die Revision des Zonenplanes der Gemeinde Gamprin betrifft im wesentlichen die Umwandlung von Reservezonen in Bauzonen. In der Reservezone verbleiben unerschlossene und noch nicht überbaute Gebiete, die aufgrund der neuen Bestimmungen der Bauordnung langfristig von einer Überbauung freigehalten und somit ihrer ursprünglichen Bestimmung zugeführt werden. Verschiedene im Gemeindebesitz befindliche Flächen von «übrigem Gemeindegebiet» (üG) werden der Landwirtschaftszone zugeordnet. Die Industriezone wird bei Beanspruchung bisheriger üG-Flächen geringfügig vergrössert und damit die Begrenzung arrondiert.